



EIN DACHVERBAND DER DACHVERBÄNDE – FÜR DIE KULTUR

„Ohne organisierten Lobbyismus bricht unsere Demokratie zusammen,“ sagt Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, dem 247 Kulturverbände, organisiert in acht Sektionen angehören. Kann ein Dachverband mit so vielen, auch widerstreitenden, Interessen überhaupt mal klare Kante zeigen? fragt im VR-Gespräch Henning von Vieregge. Und ob, meint Zimmermann und setzt noch einen drauf: „Ich bin gern Funktionär“.

Verbändereport: Der Deutsche Kulturrat bezeichnet sich als Dachverband der Dachverbände zum Thema Kultur. Was heißt das?

Olaf Zimmermann: Der Kulturbereich hat sich lange schwer damit getan, einen Dachverband haben zu wollen. Das hat auch mit der Reichskulturkammer im Dritten Reich zu tun, die ihr Unwesen getrieben hat. Der Deutsche Kulturrat wurde 1981 als lose Arbeitsgemeinschaft, als eine Art Netzwerk gegründet. Aber es gab am Anfang noch keine Verbindlichkeit untereinander.

VR: Bis es dann doch um mehr Verbindlichkeit ging ...

Ja, mit der Zeit hat er an Bedeutung gewonnen und sich entsprechend professionalisieren müssen, wobei die acht Sektionen, die den Deutschen Kulturrat ausmachen, von Anfang an bestanden. Zu den großen Sektionen zählen der Deutsche Musikrat, der Rat für darstellende Kunst und Tanz, der Deutsche Kunstrat und die Deutsche Literaturkonferenz. Dann gibt es noch vier kleinere Sektionen, den Rat für Baukultur und Denkmalkultur, die Sektion Design, die Sektion Film, Rundfunk und audiovisuelle Medien sowie den Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung. 247 Bundeskulturverbände sind so indirekt Mitglied des Deutschen Kulturrates, sie gehören einer oder mehrerer dieser Sektionen an. Deswegen kann man den Deutschen Kulturrat als Dachverband der Dachverbände bezeichnen.

VR: Warum so umständlich?

Das hat mit der unterschiedlichen Größe der Kulturverbände zu tun. Der Deutsche Musikrat hat beispielsweise mehr als 100 Mitgliedsverbände. Wären diese alle direkte Mitglieder des Deutschen Kulturrates geworden, hätten sie die anderen Bereiche

dominieren können. Über das Sektionsmodell hat man einen Weg gefunden, einen Ausgleich zu schaffen. Jede Sektion hat also, unabhängig von der Zahl ihrer Mitglieder, innerhalb des Kulturrates die gleiche politische Einflussmöglichkeit. Diese Struktur, die bereits 1981 entwickelt wurde, gewährleistet bis heute, dass diese sehr unterschiedlichen Bereiche zusammenarbeiten können. Das war wirklich klug!

VR: War das Modell bei der Gründung, abgesehen vom Verbindlichkeitsgrad, unumstritten?

Nein. Die Frage war, ob sich die Künstlerorganisationen mit oder ohne die kulturwirtschaftlichen Organisationen zusammenschließen sollten. Letztere waren zunächst gar nicht eingeladen, haben sich aber quasi selber eingeladen – und wurden schließlich akzeptiert. Deswegen ist der Deutsche Kulturrat heute etwas Besonderes: In ihm arbeiten die Künstlerverbände und die kulturwirtschaftlichen Verbände, die sich normalerweise eher kritisch gegenüberstehen, zusammen. Diese Konstruktion hat sich als absolut segensreich erwiesen und es ist auch heute unser Bestreben, den gesamten Kulturbereich abzubilden.

VR: Was war eigentlich zuerst da: die Zentralisierung der Kultur in der Politik oder die Zentralisierung der Kulturverbände?

Ich würde sagen, dass hier das eine das andere bedingt hat. Der Deutsche Kulturrat war am Anfang fast ausschließlich im Bereich des Steuerrechts tätig. Eine Kulturabteilung gab es nur im Innenministerium, wobei diese einem ganz engen Auftrag entsprechend Kulturförderpolitik für kulturelle Leuchttürme betrieben hat. Als Helmut Kohl schließlich noch den Innenausschuss beheimateten kleinen

Kulturausschuss abschaffte, gab es somit, als ich 1997 Geschäftsführer wurde, auf der Bundesebene überhaupt keinen Ort mehr, wo mit den Abgeordneten über Kulturpolitik hätte geredet werden können. Wir haben uns dann mit Nachdruck in den Bundestags-Wahlkampf 1998 eingemischt und dreierlei gefordert: ein Bundeskulturministerium, einen Kulturausschuss und eine Enquete-Kommission Kultur im Deutschen Bundestag.

VR: Wurden diese Forderungen erfüllt?

Von der dann gewählten Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder sind zwei Forderungen erfüllt worden: der Kulturausschuss im Bundestag und die Enquete-Kommission. Statt eines Bundeskulturministeriums, das wir heute immer noch fordern, wurde das Amt eines Staatsministers im Bundeskanzleramt für diese besondere Aufgabe eingeführt. Außerdem wurde die Abteilung K des Innenministeriums vergrößert und ins Bundeskanzleramt verlegt. Aus unserer Sicht kann das jedoch nur eine Zwischenlösung sein. Michael Naumann wurde der erste Kulturstaatsminister, aktuell ist es Prof. Monika Grütters.

VR: Ist das für Sie eine Erfolgsgeschichte?

In jedem Fall, es ist eine große Erfolgsgeschichte. Seit 1998 sind die Bundesmittel für Kultur und Medien permanent gestiegen, ganz im Gegensatz zu den Ländern und Kommunen, die in den letzten Jahren erheblich abgebaut haben. Entsprechend hat der Bund viele neue Aufgaben erhalten: Restitution, Kultur-gutschutz und erinnerungskulturelle Fragen. Das Holocaust-Denkmal gehört genauso dazu wie die sich ständig erweiternde Museumsinsel und aktuell das Humboldt-Forum im neuen Berliner Stadtschloss.



Olaf Zimmermann, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e.V.

INTERESSENVERTRETUNG IST
EIN AUSDRUCK UNSERER
DEMOKRATIE. OHNE
ORGANISIERTEN LOBBYISMUS-
BRICHT SIE ZUSAMMEN.
ÜBERALL, WO DIE ZIVILGESELL-
SCHAFTLICHEN STRUKTUREN
NICHT GUT AUSGEBAUT SIND,
ENTSTEHEN PROBLEME.

VR: Es sind also die Kompetenzen des Bundes in der Kulturpolitik gewachsen und parallel dazu der Deutsche Kulturrat?

Genauso ist es. Im letzten Jahr ist uns der öffentlich-rechtliche Rundfunk beigetreten, vor drei Jahren der GAME Bundesverband. Wir decken nicht nur die klassischen Künste ab, sondern auch neue kulturelle Entwicklungen und Trends.

VR: Wie gestaltet sich die Finanzierung eines Dachverbandes der Dachverbände? In der Regel ist dies nicht so einfach, oder?

Wir werden zum allergrößten Teil vom Bund finanziert. Das ist von Anfang an so gewesen. Der Bund wollte unbedingt, dass es den Deutschen Kulturrat gibt. Deswegen war es letztendlich auch klar, dass er die Geschäftsstelle mitfinanziert. Die Grundkosten übernimmt also die Kulturstatsministerin. Darüber hinaus beantragen wir eine Reihe von unterschiedlichen Projekten – ebenfalls beim Bund.

VR: Ist es in Ordnung, dass ein Interessenverband von demjenigen, dem gegenüber er seine Interessen vertritt, bezahlt wird?

Das beurteile ich überaus positiv. Die Zivilgesellschaft muss in die Lage versetzt werden, ihre Aufgabe – in diesem Fall die kulturelle Vertretung – zu erfüllen. Der Staat schafft die Rahmenbedingungen, um dies zu ermöglichen, und stellt die notwendigen Mittel zur Verfügung, wenn die Interessenorganisation diese nicht selbst aufbringen kann. Der Staat sind ja schließlich wir.

VR: Gab oder gibt es Versuche staatlicher Stellen, aus ihrer Geldgeberrolle Nutzen zu ziehen?

Ich erinnere mich an zwei Situationen. Der ehemalige Kulturstatsminister Michael Naumann (SPD) wollte uns die Gelder streichen, weil wir beabsichtigt hatten, von Bonn nach Berlin zu ziehen. Nach einer Debatte in der SPD-Fraktion wurden die Mittel jedoch wieder freigegeben. Das zweite Mal hatten unsere politischen Äußerungen den damaligen Haushälter Steffen Kampeter (CDU) so verärgert, dass der Deutsche Kulturrat keine Faxes mehr senden und empfangen sollte, natürlich vollkommener Unsinn. Nach einer Debatte im Bundestag konnten wir wieder ungestört arbeiten.

VR: Wenn der Deutsche Kulturrat die deutsche Kulturpolitik unangemessen dominierte – ich erinnere an das Deutsche Atomforum, das lange die deutsche Atompolitik politisch nahezu ungestört beeinflusste –, wäre das auch nicht in Ordnung.

Ich glaube, dass es absolut legitim ist, was wir machen. Wir sind der am breitesten aufgestellte Kulturverband, den es in Deutschland überhaupt gibt. Wir sind demokratisch legitimiert, weshalb die Strukturen mitunter auch ein wenig aufwendig sind. In diesem Rahmen beraten wir die Bundesregierung, das ist unsere Aufgabe. Wir verfolgen keine Einzelinteressen. Das ist entscheidend für unsere demokratische Ordnung.

**VR: Ich will doch noch einmal sto-
chern: Hätten die Mitglieder nicht ei-
gentlich genug Geld, um die Geschäfts-
stelle zu finanzieren?**

Auf einige unserer Mitglieder trifft das sicherlich zu. Das Problem ist nicht, dass die großen Verbände – zum Beispiel der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, die Produzentenallianz oder die Computerspielwirtschaft – nicht bereit dazu wären. Jedoch besteht die berechtigte Sorge vonseiten der kleineren Verbände, dass dies zu einer Veränderung der ausgeklügelten Architektur innerhalb des Deutschen Kulturrates führen würde. Das heißt, dass diejenigen, die mehr bezahlen, auch mehr zu sagen hätten. Da ist natürlich was dran. Wer mehr Geld gibt, erwartet auch mehr. Für uns ist es also

vorteilhaft, wenn die öffentliche Hand etwas dazugibt. An der Bündelung der sehr heterogenen Positionen unserer Mitglieder hat die Bundesregierung ja immerhin auch ein großes Interesse.

VR: Wie gehen Sie mit innerhalb der Verbände streitigen Positionen um?

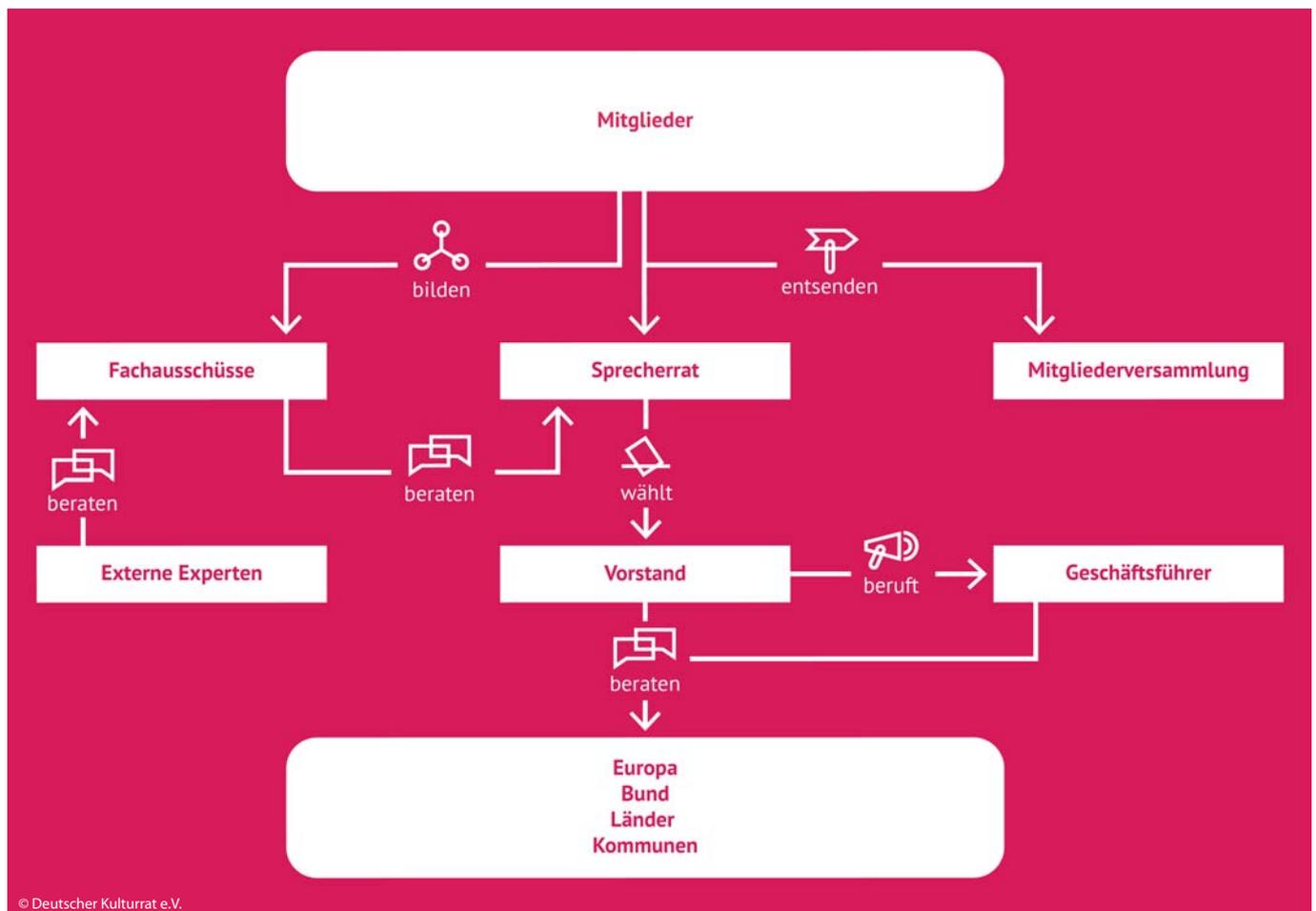
Ein gutes Beispiel ist die Künstlersozialversicherung. Die Künstler sind die Nutznießer, die Kulturwirtschaft muss bezahlen. Wir haben es bisher immer geschafft, eine gemeinsame Position zu erarbeiten, indem wir versucht haben, einen Interessenausgleich innerhalb der Struktur zu schaffen. Ähnlich strittig ist das Urhebervertragsrecht. Zu allen wichtigen Punkten des Gesetzesentwurfs haben wir gegenüber dem Justizminister

unsere Position einvernehmlich äußern können. Nur in einem Punkt, der Rückrufregelung nach fünf Jahren, sind wir uns noch nicht einig.

VR: Worum geht es dabei?

Es geht um die Frage, ob ein Künstler seine Werke nach fünf Jahren aus einem bestehenden Vertrag zurückrufen darf, wenn ein anderer Verwerter ein besseres Angebot gemacht hat. Das geht an die Grundfesten. Als drittes aktuell schwieriges Thema nenne ich das Kulturschutzgesetz. Die Kunsthändlerverbände sind vehement gegen diese Regelung. Der Deutsche Kulturrat als Ganzer aber unterstützt in dieser Angelegenheit die Kulturstaatsministerin, und zwar weil sie in diesem Punkt recht hat, nicht, weil wir von ihr finanziert werden. Wir haben

STRUKTUR DES DEUTSCHEN KULTURRATS E.V.



ihr auch schon ganz oft widersprochen, beispielsweise bezüglich der zurzeit in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen TTIP, CETA & Co. Die Bundesregierung findet unsere Position schauerlich und glaubt, dass wir vollkommen falschliegen. Ich glaube, dass die Bundesregierung falschliegt. Selbstverständlich können wir Anti-TTIP-Veranstaltungen machen, da frage ich nicht die Kulturstatsministerin.

VR: Der Deutsche Kulturrat erspart dem Staat viel Arbeit.

Natürlich sind unsere Vorschläge bedeutender, wenn wir uns geeinigt haben. Um zu diesen Positionen zu kommen, haben wir eine größere Anzahl von Fachausschüssen etabliert, die ständig an bestimmten Themen arbeiten. Der Sprecherrat, das höchste Gremium im Deutschen Kulturrat, muss die erarbeiteten Stellungnahmen verbindlich verabschieden. In den letzten zehn Jahren sind über 100 Stellungnahmen

verfasst worden. Es gibt nur wenige Spitzenverbände, die so ein großes Portfolio an inhaltlichen Positionierungen vorweisen können.

VR: Gibt es innerhalb der Mitgliedschaft konträre Themen, die Sie nicht anfassen?

Ja, wir halten uns beispielsweise aus der Tarifpolitik heraus. Ansonsten gilt, dass der Deutsche Kulturrat seinen Verbänden ermöglicht, sich über zentrale Themen einig zu werden. Ich glaube, dass es wichtig ist, sich verbandsintern zu verständigen, weil man dadurch politische Prozesse stärker beeinflussen und mitgestalten kann.

VR: Ist das nicht ein Impuls zur Verbändediskussion? Sich in strittigen Fragen der Politik durch neue Allianzen auf Verbändeseite zu einigen ...

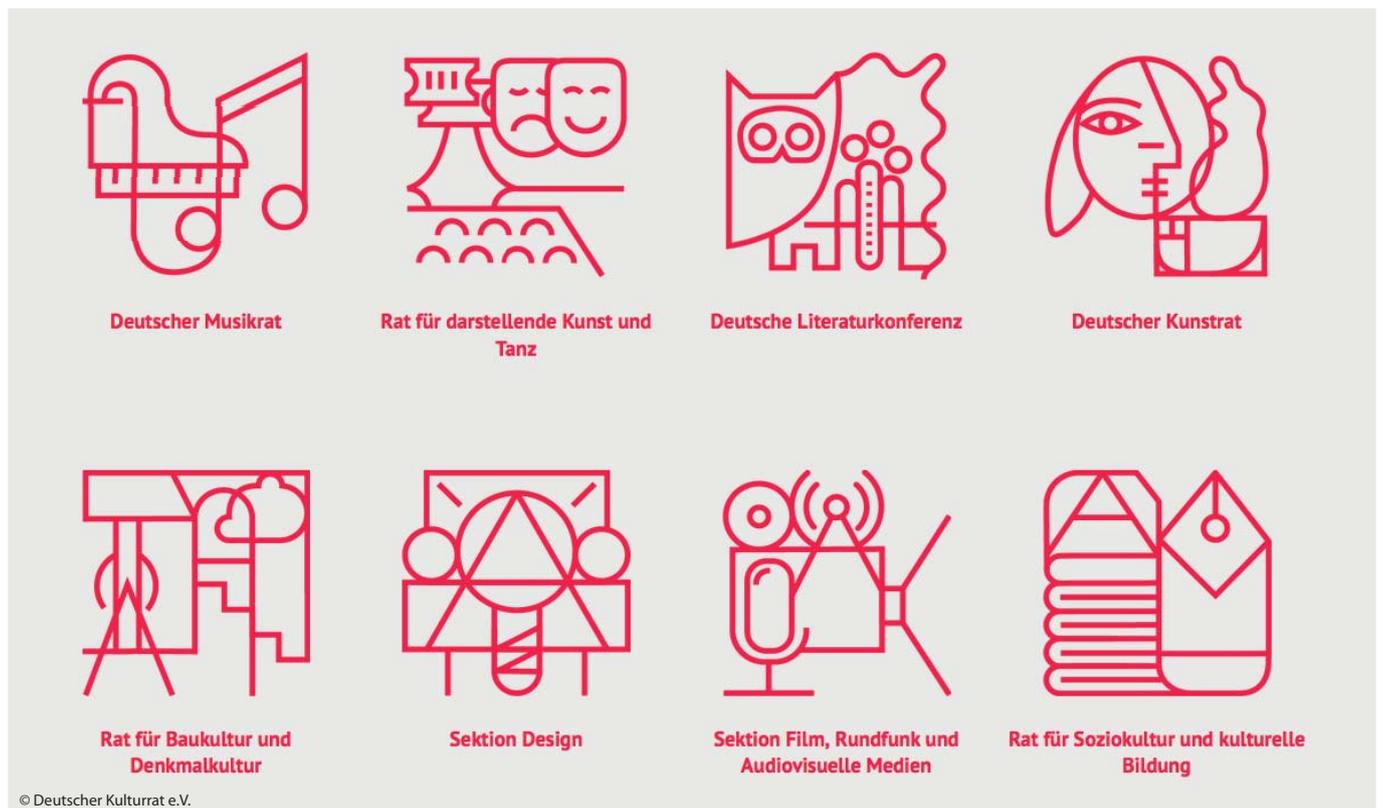
Wir haben kürzlich die neue Allianz für Weltoffenheit vorgestellt, die der DGB-

Vorsitzende Reiner Hoffmann ins Leben gerufen hat. Es geht um die Frage, wie wir mit den geflüchteten Menschen umgehen. Mit dabei sind neben dem DGB die Kirchen und großen Glaubensgemeinschaften, der Deutsche Olympische Sportbund, die freie Volkswohlfahrtspflege, die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und eben auch der Deutsche Kulturrat. Ein so breites Bündnis hat es noch nicht gegeben. Das finde ich toll!

VR: Entsteht da etwas prinzipiell Neues?

Wir erleben in den letzten Jahren in der organisierten Zivilgesellschaft eine fundamentale Veränderung. Die Aufteilung, dass der eine nur für dieses und der andere nur für jenes zuständig ist, wird sukzessive aufgegeben. Wir arbeiten zum Beispiel mit dem Deutschen Naturschutzring zusammen, weil wir Gemeinsamkeiten erkennen. Mit dem Deutschen Olympischen Sportbund kooperieren wir bereits seit vielen Jahren.

MITGLIEDER DES DEUTSCHEN KULTURRATS E.V.



Und ich bin froh, dass wir diesen Weg jetzt auch mit den Gewerkschaften und den Kirchen gehen. Die zivilgesellschaftlichen Verbände übernehmen mehr Verantwortung in der Politik und organisieren sich untereinander. Das ist eine ganz große Chance!

VR: Sie meinen damit das, was Sie organisierte Zivilgesellschaft nennen?

Ich habe im Editorial unserer Zeitung geschrieben, dass ich mich nicht verstecken muss, weil ich ein Funktionär bin, sondern dass Funktionäre eine wichtige Aufgabe in diesem Land zu erfüllen haben. Wir sollten darüber in einer ganz anderen Art und Weise debattieren. Wir müssen über die Frage diskutieren, was legitime und was illegitime Einflussnahme ist.

VR: Sie wenden sich gegen die Verunglimpfung von Lobbyismus?

Natürlich! Interessenvertretung ist ein Ausdruck unserer Demokratie. Ohne organisierten Lobbyismus bricht sie zusammen. Überall, wo die zivilgesellschaftlichen Strukturen nicht gut ausgebaut sind, entstehen Probleme. Wir müssen endlich aufhören, uns wegzuducken, uns zu verstecken. Beim Deutschen Kulturrat gibt es überhaupt nichts Geheimes. Die Leute können bei uns erkennen, wer von wem Geld bekommt, welche Projekte wir machen. Unsere Papiere werden veröffentlicht, wir sind vollkommen transparent. Aber ich möchte genauso deutlich sagen können, dass wir ein Interessenverband sind und versuchen, die Anliegen des gesamten Kulturbetriebs zu vertreten. Das ist die Idee, die dahintersteckt.

VR: Wobei die Interessenvertretung eines Dachverbandes der Dachverbände in sich nur als Kompromiss funktioniert, oder?

Ich bin der wandelnde Kompromiss. Ich führe bei einem anstehenden Gesetzesvorhaben zehn Telefonate in der Woche mit unterschiedlichen Verbänden über ihre

zum Teil sehr unterschiedlichen Positionen. Es ist unsere Hauptaufgabe zu schauen, ob und wie man diese Interessen unter einen Hut bringen kann. Im Deutschen Kulturrat muss nicht einstimmig entschieden werden, wir können mehrheitlich entscheiden. Doch unser Interesse ist, alle mitzunehmen. Wir wollen nicht, dass uns Kulturverbände verlassen.

VR: Sie haben von organisierter Zivilgesellschaft gesprochen. Das ist eine veränderte Sicht, die nicht jeder Verbandskollege teilen wird. Die Frage ist, ob diejenigen, die das Konzept der Zivilgesellschaft im Kopf haben, automatisch Verbände aus der Wirtschaft aufnehmen würden.

Nach meinem Empfinden gehören sie absolut dazu. Das ist dem Drei-Sektoren-Modell, bestehend aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, geschuldet. Wirtschaftsverbände nehmen zwar die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder wahr, gehören aber als Verbände selbstverständlich zur Zivilgesellschaft.

VR: Bei der Betreuung der Flüchtlinge – und nicht nur dort – arbeiten althergebrachte, rechtlich verfasste Organisationen der Zivilgesellschaft mit neuen, spontan als Netzwerk entstandenen Organisationen zusammen. Ist das auch eine neue Entwicklung?

Ich finde das gut und sinnvoll. Wir müssen überlegen, wie das Gemeinnützigkeitsrecht an diese veränderten Realitäten angepasst werden kann. Wenn zum Beispiel eine Bürgerstiftung über längere Zeit die Beträge, die sie erhalten hat, nicht unmittelbar, sondern über einen Vermittler an eine solch neue Initiative weitergibt, kann sie die Gemeinnützigkeit verlieren. Das ist fatal.

VR: Wenn Sie jetzt in einem Kreis von Verbandsgeschäftsführern zusammensäßen und einen Impuls setzen sollten, welcher wäre das?

Ich gehöre zu den ganz wenigen Exoten in dieser Riege, da ich kein Jurist bin. Und ich finde es ganz gut, dass ich keiner bin. Ich glaube nämlich, dass Sie nicht nur juristisch denken, sondern das große Ganze im Blick behalten sollten. Juristen haben eine besondere Art, alles in Scheibchen zu zerschneiden, damit es besser handhabbar ist. Für die praktische Arbeit ist das sicherlich auch sinnvoll. Aber bevor man alles zerlegt, sollte mal geklärt werden, wo man denn eigentlich hinwill, was im Endeffekt dabei herauskommen soll. Eigentlich müssten diejenigen, die die Verantwortung in den Verbänden übernehmen, stärker über das Selbstverständnis dieser Verantwortung sprechen. Ich halte es für ein spannendes Thema, darüber zu sprechen, wie ein bisschen stärker über den eigenen Tellerrand hinausgeschaut werden kann. Aber hier bewegt sich etwas. Kooperationen haben an Bedeutung gewonnen. Es ist eine zunehmende Offenheit in dieser Debatte entstanden. Da hat sich wirklich eine ganze Menge positiv verändert. ■

Der Deutsche Kulturrat e.V. ist der Spitzenverband der Bundeskulturverbände. Er ist der Ansprechpartner der Politik und Verwaltung des Bundes, der Länder und der Europäischen Union in allen die einzelnen Sparten (Sektionen) des Deutschen Kulturrates übergreifenden kulturpolitischen Angelegenheiten. Ziel des Deutschen Kulturrates ist es, kulturpolitische Diskussion auf allen politischen Ebenen anzuregen und für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit einzutreten.

Weiterführende Informationen:
 → www.kulturrat.de
 → www.vonvieregge.de